



21 Juni 2007

SPE-Prioritäten für die politische Agenda der EU 2008 **Angenommen auf der Versammlung der SPE-Führer am 21. Juni 2007**

Bei der Gestaltung der politischen Agenda der EU hat die SPE die Federführung übernommen, mit einer frischen, neuen Vision für das Neue Soziale Europa und einem ehrgeizigen Plan zu Energie und Klimawandel, wie auf dem SPE-Kongress im Dezember 2006 beschlossen wurde. Wir sind überzeugt, dass der zukünftige Weg der Europäischen Union von nun an bis zu den Europawahlen im Juni 2009 in der Weiterverfolgung eines neuen, progressiven Programms für Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftsreformen liegt. In diesem Kontext ist es grundlegend, sich vor den Europawahlen 2009 auf einen neuen Vertrag zu einigen, damit wir unser Ziel erreichen, die EU demokratischer, sozialer, offener, transparenter und effizienter werden zu lassen.

Ausgehend von unseren Zielen Wohlstand, Gleichheit und Solidarität will die SPE 2008 auf unseren aktuellen Prioritäten für die EU-Politik in dieser Periode aufbauen. Dabei handelt es sich um Wachstum und Arbeitsplätze; eine gemeinsame Politik für Energie- und Klimawandel, darunter auch das Erreichen ehrgeiziger Ziele der erneuerbaren Energie; Kinderbetreuung für alle; Bekämpfung der Diskriminierung am Arbeitsplatz; Exzellenz und Aufnahmefähigkeit in Bildung und Ausbildung; Abschaffung der Gewalt gegen Frauen und des Menschenhandels; Schutz von Leistungen der Daseinsvorsorge; Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in der EU; menschenwürdige Arbeit für alle und Stärkung des europäischen Sozialmodells.

Wir verfolgen die Umsetzung unserer Prioritäten 2008 im Rahmen eines transparenten und dynamischen demokratischen politischen Verfahrens, das Entscheidungsstrukturen aller Ebenen von der lokalen und regionalen über die nationale bis zur europäischen zusammenbringt.

Wohlstand, Solidarität, Gleichheit

Die politische Agenda der EU für 2008 stellt eine beträchtliche Möglichkeit dar, den Worten Taten folgen zu lassen und der Bewältigung der grundlegenden wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen Europas neue Impulse zu geben.

Die Erderwärmung ist eine der größten Bedrohungen, vor denen die Welt heute steht. Als Gruppe führender Industrienationen hat sich die Europäische Union um die Führungsrolle bei der Bewältigung des Klimawandels bemüht, insbesondere durch ihre Annahme einer ermutigenden Politik für Energie und Klimawandel im März 2007. Die am Jahresende beginnenden internationalen Verhandlungen bilden einen historischen Anlass, globale Verpflichtungen und politischen Willen hinsichtlich gemeinsamer Lösungen zu verstärken. Die Europäische Union sollte weiterhin an vorderster Front für die Bemühungen um einen internationalen Rahmen zur Bekämpfung des Klimawandels nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls eintreten.

Auf internationaler Ebene sollte die Europäische Union ihre Bemühungen auch auf die Förderung eines wirksamen Multilateralismus rund um eine starke UNO konzentrieren, besonders in jenen





Konflikten, in denen die EU jetzt Friedensmissionen versieht wie in Afghanistan oder im Libanon; dann geht es um den Aufbau eines Programms für die Allianz der Zivilisationen; Bekämpfung des Terrorismus; Wiederbelebung der Doha-Runde; Erreichen der Vorgaben der UN-Millenniumsziele; Übernahme einer Führungsrolle in Bemühungen für Frieden und Dialog im Mittleren Osten durch eine Internationale Friedenskonferenz; und Einsatz für eine progressive Agenda für Beziehungen mit den Ländern im Euro-Med-Raum und Südamerika.

In einer globalisierten Welt, in der sich stets mehr Ungewissheit und Unsicherheit abzeichnen, ist aus der Sicherheit für die europäischen BürgerInnen ein dringendes Anliegen geworden. Die europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten sind entschlossen, in dieser Frage zu handeln, so dass Schutz und Sicherheit – in allen Formen, physisch, wirtschaftlich und sozial – zu einem Leitprinzip werden.

Die EU steht vor beträchtlichen Wirtschafts- und Sozialherausforderungen. Das Jahr 2008 markiert den zehnten Jahrestag der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), die eine stark benötigte Stabilität gebracht und besonders in der Eurozone eine niedrige Inflation in der europäischen Volkswirtschaft gewährleistet hat. Gleichzeitig sind direkt und indirekt als Ergebnis der WWU in den letzten zehn Jahren erhebliche politische Fragen aufgetaucht, insbesondere bezüglich Investitionsniveaus, Qualität öffentlicher Finanzen und Verteilung der Früchte des Wachstums. Die Lissabon-Strategie – die Vorgabe eines strategischen Ziels, um die EU bis 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt, der zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen sowie größerer sozialer Kohäsion fähig ist“ zu machen – hat mit der WWU die Politiken und Prozesse zum Erreichen wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Fortschritte in der EU erstellt. Auf seiner Sitzung vom März 2007 hat der Europäische Rat eingeräumt, dass die Lissabon-Strategie die mitgliedstaatlichen Sozialziele besser berücksichtigen sollte. In diesem Zusammenhang sollte die Revision der WWU und der integrierten Leitlinien der erneuerten Lissabon-Strategie, wie in der jährlichen politischen Strategie der Europäischen Kommission für 2008 vorgesehen, im Lichte einer klaren Vision, die von der SPE für den Aufbau eines Neuen Sozialen Europas vorgegeben wurde, durchgeführt werden. In dieser Hinsicht müssen die mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten beim Erreichen der Lissabon-Ziele volle Unterstützung erfahren. Sowohl die WWU als auch die erneuerte Lissabon-Strategie müssen zur Stärkung des europäischen Sozialmodells beitragen, besonders indem man sicherstellt, dass alle BürgerInnen Europas am durch die europäische Integration hervorgebrachten Wohlstand und Fortschritt teilhaben. Zudem gilt es, lokale und regionale Behörden mit Blick auf die Umsetzung der Lissabon-Strategie vollends zu mobilisieren, da ihr Beitrag zum Erreichen der Lissabon-Ziele grundlegend sein wird.

In diesem Kontext hat der EU-Binnenmarkt einen signifikanten Beitrag zur Stärke der europäischen Wirtschaft geleistet, wobei schätzungsweise 2,75 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen und 225 Milliarden € an Wohlstand über die letzten 20 Jahre hinweg in den EU-Mitgliedstaaten erzeugt wurden. In diesem Zeitraum hat sich die SPE bemüht sicherzustellen, dass der Binnenmarkt den BürgerInnen und auch den Unternehmen Europas zugute kommt und dass zwischen Wohlfahrtsstaat und sozialer Marktwirtschaft unterschieden wird. Die EU-Strategie für die Vollendung des Binnenmarktes wird 2008 überarbeitet, weshalb es der SPE obliegt, ihren Ansatz klar zu definieren. Die SPE glaubt an soziale Marktwirtschaft in einem gemeinsam





bestimmten Rahmen im Interesse der Allgemeinheit. Daher akzeptiert die SPE keinerlei Politiken, die zur Entwicklung einer Marktwirtschaft führen.

Der Beitrag der Finanzmärkte zum Erreichen der Lissabon-Ziele ist unlängst in die politische Debatte gelangt. Im letzten Jahrzehnt haben sich globale Finanzmärkte in einem beeindruckend schnellen Tempo entwickelt, besonders durch das Auftauchen von Hedge-Fonds und privaten Kapitalanlagefonds als maßgebliche Finanzakteure in der Wirtschaft. Einige der privaten Anlagefonds und Hedge-Fonds haben in kurzer Zeit von riesigen Kapitalmengen Besitz ergriffen und diese bewegt, was erhebliche Auswirkungen auf Wirtschaft und Beschäftigung hat. Transaktionen mit privatem Beteiligungskapital waren 2005 bei mehr als einem Viertel aller Fusionen und Übernahmen in den USA und in der Europäischen Union im Spiel. Europaweit gibt es wachsende Sorge über die Auswirkungen der Operationen einiger dieser Fonds auf die langfristigen Unternehmensinvestitionen, darunter Mitarbeiterausbildung, Arbeitsbedingungen und Schaffung von Arbeitsplätzen. Die SPE-Fraktion hat den Bericht „Hedge-Fonds und Private Kapitalbeteiligung – Eine kritische Analyse“ herausgegeben, in dem diese beunruhigenden Konsequenzen und die möglichen Implikationen für die Verwirklichung der Ziele der Lissabon-Strategie bestätigt werden. Einige Hedge-Fonds und private Kapitalanlagefonds befinden sich in Offshore-Steuerparadiesen, was auch Anlass zur Sorge gibt: Man geht heute davon aus, dass derzeit etwa 11,5 Billionen US-Dollar an persönlichem Reichtum *offshore* gehalten werden. Das ist mehr als die zum Erreichen der UN-Millenniumsziele erforderliche Entwicklungshilfe. Es wird vermehrt der Ruf gegenüber dem IWF laut, Informationsaustauschpolitiken in den Bereichen Steuerfragen, Bankgeheimnis und automatische Informationsmeldung zu erwägen. Es leuchtet ein, dass die Vorgehensweise einiger Hedge-Fonds und privater Kapitalanlagefonds, insbesondere so genannter *leveraged buy-out funds* (Fonds, die mit Fremdkapital finanzierte Unternehmensübernahmen abwickeln), mehr Aufmerksamkeit von Seiten der europäischen Entscheidungsträger benötigen. Die unter der deutschen Präsidentschaft initiierten G8-Diskussionen unterstreichen die Anliegen und die Relevanz dieser Frage. Es ist unabdingbar, dass europäische und mitgliedstaatliche Politiken sicherstellen, dass nachhaltige europäische Unternehmen und ihre Belegschaften nicht durch neuen und exzessiven Druck für kurzfristiges Profitdenken auf den Finanzmärkten gefährdet werden.

Die effektive Handhabung der Migration sowie die gleichzeitige Bekämpfung der illegalen Einwanderung und deren Ursachen bilden eine andere maßgebliche Herausforderung für unsere Gesellschaften, und die EU muss einen gemeinsamen Ansatz entwickeln durch eine stärkere Kooperation auf dem Gebiet Justiz und Inneres bei vollständiger Wahrung der Grundrechte. Nach Auffassung der SPE sind Vielfalt und Toleranz Grundwerte für Europa. Die SPE wird sich um eine europäische Migrationspolitik auf der Grundlage mitgliedstaatlicher Solidarität bemühen und dabei die Bedürfnisse der europäischen BürgerInnen und der nicht-europäischen Migranten voll berücksichtigen.

Eine der Hauptmöglichkeiten für die Erfüllung der politischen Ambitionen Europas und das Erreichen gemeinsamer Ziele ist der EU-Haushalt. Im Dezember 2005 hat der Europäische Rat die Europäische Kommission aufgefordert, eine tief greifende Revision aller EU-Ausgaben und EU-Einnahmen mittels einer weitreichenden Konsultation über die Zukunft des EU-Haushaltes 2008 durchzuführen. Die SPE ist entschlossen, in dieser Debatte die Führungsrolle zu übernehmen, indem sie vorgibt, auf welchen politischen Bestrebungen der zukünftige EU-





Haushalt mit Blick auf die Bewältigung der aktuellen und der sich abzeichnenden Herausforderungen der EU aufbauen sollte.

Auf der Grundlage dieser Bestrebungen und Verpflichtungen legt die SPE die folgenden Prioritäten für die politische Agenda der EU 2008 fest:

- 1. Die Europäische Union sollte über alle angemessenen Maßnahmen entscheiden, um auf den Finanzmärkten für vollste Transparenz, Offenlegung und Verantwortlichkeit zu sorgen – besonders in Bezug auf Hedge-Fonds und private Kapitalanlagefonds¹. Das Ziel sollte der Schutz der Arbeitnehmerrechte, der Tarifverhandlungen und verbundener Sozialanliegen sein, in Einklang mit den Lissabon-Zielen der EU und den im Neuen Sozialen Europa festgelegten Prinzipien, um die Zukunft der Wohlfahrtsstaaten Europas zu gewährleisten. Ein effizienter und transparenter Finanzmarkt, darunter auch effektive Finanzierung langfristiger Investitionen, ist für unsere nachhaltigen europäischen Unternehmen und ihre Belegschaften grundlegend. Ebenso sollte die EU Vorreiter für die Gründung einer internationalen Arbeitsgruppe für die Untersuchung dieser Frage und das Erteilen sämtlicher relevanten Empfehlungen sein².**
- 2. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten bei internationalen Verhandlungen über einen Kyoto-Rahmen nach 2012 die globale Führung übernehmen, um mit einer Stimme das Ziel einer Treibhausgasverringerung von 30% bis 2020 zu erreichen.**
- 3. Die politischen Leitlinien der Lissabon-Strategie sollten überholt werden, um die folgenden Punkte zu berücksichtigen: Vorteile zeitgleicher und koordinierter EU-weiter Investitionen in Lissabon-Ziele; Bekämpfung des Klimawandels; Bekämpfung von Unternehmensverlagerung und Sozialdumping; das Ziel qualitativ hochwertiger Vollbeschäftigung, speziell für junge Menschen und Frauen, insbesondere durch die Abschaffung geschlechtsspezifischer Ungleichheiten; mögliche Verwendung von Einkommenspolitiken zur Verringerung von Einkommensunausgewogenheiten; Notwendigkeit der territorialen Kohäsion; Notwendigkeit der Schaffung eines für alle zugänglichen Systems des lebenslangen Lernens, auch das Vorschulwesen; das Ziel von 3% BIP für F&E.**
- 4. Primäres Ziel der Überarbeitung der Binnenmarktstrategie sollte die Verbesserung der Vorteile des Binnenmarktes für die europäischen Verbraucher mit einer Garantie für Zugang und Erschwinglichkeit hinsichtlich öffentlicher Güter wie Energie sein sowie die Absicherung, dass die Vollendung des Binnenmarktes unter vollständiger Wahrung des europäischen Sozialmodells geschieht, insbesondere mit Blick auf öffentliche Dienstleistungen und das Interesse der Allgemeinheit.**

¹ Die UK Labour Partei stimmt mit dieser Aussage nicht überein.

² Die UK Labour Partei stimmt mit dieser Aussage nicht überein.





5. Die Europäische Union sollte sich auf eine nachhaltige und wirksame Migrationspolitik einigen, da ihr bei der Sicherstellung sozialer, wirtschaftlicher, kultureller und politischer Integration der Migranten eine riesige Verantwortung zukommt. Das gilt auch für die Bekämpfung von Menschenhandel und Ausbeutung von Migranten, um soziale Kohäsion und wirtschaftlichen Fortschritt zu erzielen.
6. Ausgehend vom politischen Bestreben, ein Neues Soziales Europa aufzubauen, sollte sich die EU auf eine Revision und eine Reform des EU-Haushalts einigen – einschließlich aller budgetierten Politiken, was die Mitgliedstaaten in einer gegenseitig stärkenden Dynamik sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung festigt, wobei globale Bedrohungen inklusive des Klimawandels bekämpft und das globale Ziel nachhaltiger Entwicklung und menschenwürdiger Arbeit für alle erreicht werden.

